

Resolution
TTIP und CETA Stoppen!
Handels- und Investitionsabkommen bedrohen Wohlstand und Demokratie

Der Kreistag Aurich lehnt sowohl das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelte „Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen“ (abgekürzt TTIP) als auch das zwischen der EU und Kanada verhandelte Wirtschafts- und Handelsabkommen (abgekürzt CETA) ab, weil beide Abkommen den gesellschaftlichen Wohlstand, die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte, den Umwelt- und Verbraucherschutz und vor allem die Demokratie bedrohen und nicht den Menschen, sondern ausschließlich den Gewinninteressen der großen international tätigen Konzerne nützen.

Die Bedenken und die Kritik richten sich vor allem gegen folgende Punkte:

Die Verhandlungen zu TTIP und CETA finden unter erheblichem Lobby-Einfluss hinter verschlossenen Türen statt. Die Öffentlichkeit bleibt außen vor. Auch die frei gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben zu den wichtigsten Verhandlungsdokumenten keinen Zugang. Dies ist ein Anschlag auf das Mindestniveau demokratisch notwendiger Verfahrensabläufe und keinesfalls hinzunehmen.

Den Abbau von Zöllen als Begründung für die Verhandlungen heranzuziehen, ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Denn Zölle spielen bei den Verhandlungen nur eine nebensächliche Rolle, weil diese schon sehr niedrig sind und exportorientierte Unternehmen wie beispielsweise VW nicht behindern. Im Zentrum der Verhandlungen steht tatsächlich das gegenseitige Absenken von „nichttarifären Standards“ im ökologischen und sozialen Bereich, die die Gewinne der großen transnationalen Konzerne schmälern, aber die Umwelt und die Interessen einer überwältigenden Mehrheit von Menschen in der EU schützen. Gegen solche so genannte Handelshemmnisse sollen diese Konzerne aus Gründen des Investitionsschutzes ein Klagerecht erhalten.

Es ist daher zu befürchten, dass politische Gremien durch milliardenschwere Entschädigungsklagen erfolgreich eingeschüchtert werden, so dass flächendeckende Tarifverträge, ein gesetzlicher Mindestlohn, gesetzlich garantierte Sozialleistungen unter einem noch größeren Rechtfertigungsdruck stehen als heute. Damit verbunden ist eine weitere Privatisierungswelle im öffentlichen Sektor, von der beispielsweise auch die UEK in Aurich und Norden betroffen sein könnte. Durch die Deregulierung könnte das so genannte „Vorsorgeprinzip“ in der EU fallen. Die Industrie muss dann nicht mehr beweisen, dass ein Stoff oder Produkt ungefährlich ist, sondern die Menschen müssen nachweisen, dass sie geschädigt wurden. Dadurch wird gentechnisch veränderte Nahrung bei uns im großen Stil genauso möglich wie das Züchten von Rindfleisch mit krebserregenden Hormonen, das Begasen von Hühnern mit Chlor und das grundwassergefährdende Gasförderverfahren Fracking.

Auch wenn der Öffentlichkeit die konkreten Verhandlungsinhalte und die Verhandlungsfortschritte vorenthalten werden, sind die bereits durchgesickerten Informationen in höchstem Maße besorgniserregend. TTIP und CETA werden bei voller Entfaltung ihrer Wirkung tief in das Gefüge der europäischen Staaten eingreifen und die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Menschen, der gesellschaftlichen Gruppen, der in freien Wahlen demokratisch bestimmten Abgeordneten und der Parlamente in einem nicht hinnehmbaren Umfang umgehen bzw. einschränken.

Ganz besonders betroffen wird die kommunale Ebene sein, weil vor Ort konkret sichergestellt wird, wie unsere Kinder zur Kita und Schule gehen, welche Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen aufgesucht werden können und ob es gute Arbeit gibt, die nicht krank macht und von der jeder menschenwürdig leben kann. Gefährdet sind ebenfalls die bäuerliche Landwirtschaft sowie viele kleine und mittelständische Unternehmen im Landkreis Aurich.

Resolution
TTIP und CETA Stoppen!
Handels- und Investitionsabkommen bedrohen Wohlstand und Demokratie

Deshalb sieht es der Kreistag Aurich mit großer Sorge, dass im Rahmen der Verhandlungen von TTIP und CETA großen transnationalen Konzernen in vielen Bereichen Rechte zugewiesen werden sollen, die bislang den Staaten und damit einer demokratischen Kontrolle durch Parlamente, gesellschaftliche Gruppen und der Wahlbevölkerung vorbehalten waren.

Der Kreistag Aurich unterstützt den gesellschaftlichen Protest konkret durch folgende Maßnahmen:

1. Der Kreistag Aurich fordert die niedersächsischen Landtagsabgeordneten und die niedersächsische Landesregierung auf, sich öffentlich gegen die Verhandlungen von TTIP und CETA zu wenden und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit diese Verhandlungen eingestellt werden.
2. Der Kreistag Aurich fordert die die beiden aus dem Landkreis Aurich stammenden Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff und Heiko Schmelzle sowie den Europaabgeordneten Matthias Groote auf, sich öffentlich gegen die Verhandlungen von TTIP und CETA zu wenden und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit diese Verhandlungen eingestellt werden.
3. Der Landrat wird aufgefordert, in den kommunalen Spitzenverbänden für die mit dieser Resolution verbundene politische Haltung zu werben und diese Bedenken gegenüber dem Bundestag, der Bundesregierung, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission deutlich zu machen.
4. Der Landrat wird aufgefordert, im Namen des Landkreises Aurich die Petition <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/> zu unterstützen.
5. Der Landkreis Aurich weist auf seiner Homepage durch eine Verlinkung auf die Kampagnen der überparteilichen Organisationen „campact!“ und „ATTAC“ hin.
6. Der Landrat wird aufgefordert, über die kommunalen Spitzenverbände regelmäßig die verfügbaren Informationen einzuholen und den Kreistag über den Stand der Verhandlungen zu informieren.
7. Der Landrat und die Verwaltung werden aufgefordert, die Öffentlichkeit über die den Einrichtungen des Landkreises durch TTIP und CETA entstehenden Nachteile zu informieren.